



Zivildienstler protestieren

Zulassung Die Gesuche zum Zivildienst sind deutlich zurückgegangen

VON SIMON FISCHER

Nachdem die Gewissensprüfung für die Zulassung zum Zivildienst abgeschafft worden war, stieg die Zahl der Gesuche um eine Befreiung vom Militärdienst explosionsartig. Waren es bis zu jenem Zeitpunkt rund 2000 Gesuche pro Jahr, stieg die Zahl allein zwischen Anfang April und Ende Dezember 2009 auf fast 6500. Bürgerliche Sicherheitspolitiker waren alarmiert, sahen die Bestände der Armee in Gefahr und forderten die Rückkehr zum alten System. Der Bundesrat beschloss deshalb Ende letzten Jahres eine Reihe von Massnahmen, um die Zulassungshürden zu erhöhen – und handelte sich damit die Kritik der Zivildienstverbände ein.

Mittlerweile sinken die Gesuchszahlen wieder, wie eine gestern vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) veröffentlichte Statistik zeigt. Im letzten Jahr stellten im Zeitraum von April bis Dezember noch gut 5000 Militärdienstpflichtige ein Zivildienstgesuch, was einer Abnahme von mehr als 20 Prozent entspricht. Und man kann davon ausgehen, dass dieser Trend anhalten wird, wie Samuel Werenfels, Leiter des Bereichs Zivildienst im EVD, sagt. «Je nachdem, wie stark die Massnahmen des Bundesrats wirken, könnten die Zahlen dieses Jahr gar noch stärker sinken», so Werenfels.

«Bundesrat hätte warten müssen»

Die Zivildienstler sehen sich durch die jüngste Statistik in ihrer Kritik an den Massnahmen des Bundesrats bestätigt. «Er hätte noch mindestens ein weiteres Jahr warten müssen, um eine seriöse Auslegeordnung machen zu können», sagt Nicolas Zogg, Präsident der Gemeinschaft Schweizer Zivildienstleistender (GSZ). Statt die grundsätzlichen Probleme mit der allgemeinen Wehrpflicht endlich anzugehen, lege man den Zivildienstleistenden nun Steine in den Weg. Das habe jedoch einzig den Effekt,

dass junge Militärdienstpflichtige wieder vermehrt den «blauen Weg» wählen würden, also sich für untauglich erklären lassen. Für Zogg ist deshalb klar: «Die Entwicklung der Gesuchszahlen ist von den Gegnern des Zivildienstes aus ideologischen Gründen stark dramatisiert worden.»

Das lässt der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter, einer der schärfsten Kritiker der Abschaffung der Gewissensprüfung, nicht gelten. «Auch wenn die Zahlen wieder sinken, sie sind immer noch massiv zu hoch», sagt er. Mittlerweile gebe es zwischen Militär- und Zivildienst faktisch eine Wahlfreiheit. «Und das steht im Widerspruch zur Verfassung, welche die allgemeine Wehrpflicht vorschreibt.» Der einzige Weg, um diesen Konflikt aus dem Weg zu räumen, sei die Wiedereinführung der Gewissensprüfung, so Hurter. Vorerst werden aber die Massnahmen des Bundesrats umgesetzt. Ein erster Teil ist gestern in Kraft getreten. Die GSZ machte ihrem Ärger deshalb mit einer Protestaktion in Bern Luft – anstelle eines nationalen Streiktages.



Zivildienstler in einem Gruppeneinsatz bei einem Biotop in Hüsere bei Schwarzenberg im Kanton Luzern.

URS FLUELER/KEYSTONE



az Aargauer Zeitung Gesamtausgabe

02.02.2011

Auflage/ Seite 188232 / 6

Ausgaben 300 / J.

9051

8577178

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
az Aargauer Zeitung	101'067
az Aarau/Lenzburg/Wynental	36'120
az Baden/Brugg/Zurzach	37'873
az Fricktal	6'462
az Freiamt	11'501
az Limmattaler Zeitung	9'111
az Solothurner Zeitung	22'678
az Grenchner Tagblatt	4'557
az Langenthaler Tagblatt	9'177
az Basellandschaftliche Zeitung	20'378
Oltner Tagblatt	15'924
Zofinger Tagblatt	13'026
Luzerner Nachrichten	1'425